

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Eine mörderische Logik des Innenministers

Gespräch mit zwei jungen Männern aus Afghanistan im besetzten DGB-Haus

Die Flüchtlingspolitik auch in Deutschland wird immer unmenschlicher. Ein wirkliches Asylrecht gibt es ja schon seit 1990 nicht mehr. Und danach wurden immer wieder unter dem missbräuchlichen Begriff einer Asylrechtsreform weitere Verschärfungen durchgeführt. Nun soll also auch für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien im vollen Umfang das unselbige Dublin III-Abkommen gelten und angewandt werden. Nun soll die Familienzusammenführung ausgehebelt werden. Und das unter christlich sozialer Führung, wo doch bisher gerade bei diesen Superchristen die Familie „zur Keimzelle des Staates“ auserkoren war. Vermutlich liegt der Stacheldraht zur Sicherung „unserer nationalen Grenzen“ auch schon längst bereit.

Bei all diesen Sauereien geht ein anderer Sachverhalt fast gänzlich unter. In einem Gespräch am Rande eines Besuchs im besetzten DGB-Haus wurde mir das in einem Gespräch mit zwei jungen Männern aus Afghanistan eindrucksvoll und erschütternd vor Augen geführt. Diese beiden jungen Männer sind vor fast zwei Jahren unter kaum nachvollziehbaren Gefahren und Strapazen aus diesem Bürgerkriegsland geflohen.



Das besetzte DGB-Haus in der Oberen Masch-Strasse

Besser gesagt, sie mussten fliehen, weil sie einer ethnischen Minderheit angehören. Und nun, nach wenigen Monaten in Deutschland werden sie mit dem Vorhaben von de Maisiere konfrontiert, dass faktisch alle Flüchtlinge aus Afghanistan Deutschland verlassen sollen. Sie sollen abgeschoben werden, weil geplant wird, Afghanistan als sicheres Herkunftsland einzustufen.

Klar doch, haben unsere Soldaten in 13 Jahren Kriegsbeteiligung mit dafür gesorgt, dass durch ihren Einsatz wieder ein blühender, funktionierender Staat aufgebaut wurde, in dem jede Bürgerin, jeder Bürger ohne jegliche Gefährdung sich niederlassen, bewegen und leben kann. Merkwürdig nur, dass die gleiche Regierung über ihr Außenministerium deutsche Bürger_innen dringend davor warnt, nach Afghanistan zu reisen. Es bestehe „ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Auch in der Hauptstadt Kabul können Attentate, Überfälle, Entführungen und andere Gewaltverbrechen nicht ausgeschlossen werden.“ Wie es in der ehemals deutschen Enklave Kundus aussieht, kann man z.B. an der bei einem „US-Einsatz“ zerbombten Klinik in Kundus sehen. Und weil doch alles so sicher in Afghanistan ist, möchte ja die Regierung auch die Zahl der deutschen Soldaten am Hindukusch erhöhen und das Mandat für den Verbleib deutscher Soldaten in Afghanistan um einige Jahre verlängern.

Klare Logik, wo deutsche Reisende gefährdet sind, deutsche Soldaten angeblich weiter benötigt werden, da gibt es dann aber eigentlich keinen Grund afghanische Flüchtlinge wieder abzuschicken.

Gerd Nier

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Mörderische Logik	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
DIE LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Grobian	10
GöLinke Presseerklärung	11
„boat-people-project“	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2016
ist der 11. Dezember.
Auslieferung am 17. Dezember.

Grünkohlessen der Göttinger Linken



Donnerstag, 10. Dez. 15, 20.00 Uhr
Naturfreundehaus Naturfreundeweg

Selbstkostenpreis, Rabattierung für Menschen mit „kleinem“ Einkommen.

Damit nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel eingekauft wird, bitten wir um eine „Tischreservierung“ unter Angabe „Fleisch/kein Fleisch“unter:

gölinke@web.de

spätestens bis zum 7. Dezember



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Das KZ Ozarichi bei Minsk – ein Todeslager der Wehrmacht

Donnerstag, 10.12.2015, 19.30 Uhr

Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde, Angerstr. 14

Vortrag und Film

Veranstaltet durch VVN-BdA und Projektwerkstatt „Spurensuche“ Hoher Hagen

Im Frühjahr 1944 verschleppte die Deutsche Wehrmacht fast 50.000 Zivilisten in improvisierte Lager bei dem weiß-

russischen Ort Ozarichi. Als die Rote Armee diese Menschen befreite, waren ca. 9.000 von ihnen an den barbarischen

Bedingungen gestorben oder ermordet worden. Die Einrichtung dieser Todeslager gilt als das größte Einzelverbrechen der Wehrmacht. Weitgehend unbekannt geblieben ist, dass dabei der Göttinger General Friedrich Hoßbach eine federführende Rolle innehatte. Unter der Leitung von Christoph Rass entstand 2006 die Dokumentation „Ozarichi 1944 – Spuren eines Kriegsverbrechens“. Einer seiner Mitarbeiter war Aliaksandr Dalhouski. Er wird über die Entstehungsgeschichte dieses Films und seine aktuelle Arbeit bei der Geschichtswerkstatt Minsk berichten.

► Bruno Jung – Göttinger Ehrenbürgermeister und Schreibtischtäter in Luxemburg

Freitag, 11.12.2015, 19.30 Uhr

ver.di (2. Stock, Großer Saal), Groner-Tor Straße 32, Göttingen

Vortrag und Diskussion

Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte: hinterfragen – erforschen – aufklären e.V. in Kooperation mit ver.di Göttingen

Der Vortrag zeichnet bereits bekannte und neue Daten aus Jungs Karriere in der NS-Zeit nach. Seine Tätigkeit am Schreibtisch im annektierten Luxemburg hatte für viele tödliche Folgen.

Jung war Oberbürgermeister Göttingens von 1926 bis April 1938. In den Jahren 1940 / 1941 arbeitete er als Justiziar

beim nationalsozialistisch ausgerichteten Stalling-Verlag, zwischen 1941 und 1944 war er Landrat im Kreis Esch-sur-Alzette in Luxemburg.

Dort zeichnete Jung als Vertreter der Zivilverwaltung im Kreis Esch verantwortlich für die Zwangsrekrutierung junger Luxemburger Männer in die

Wehrmacht und Zwangsdienst für junge Luxemburgerinnen im „Reich“. Gegen die Einführung der Zwangsrekrutierung 1942 streikten landesweit ArbeiterInnen großer Fabriken. Der Streik wurde durch standrechtliche Erschießungen niedergeschlagen. Insgesamt entzogen sich rund 40% dem Zwangskriegsdienst, obwohl oft ihre ganze Familie als Repressionsstrafe deportiert wurde. „Refraktäre“ wurden im Land versteckt, z.T. in Bergwerken, oder flohen ins Ausland, wo sich viele dem Widerstand oder offizieller Armee anschlossen, um gegen die Naziherrschaft zu kämpfen. Gefangene Refraktäre wurden in KZs verschleppt, wo viele starben. Nicht zuletzt aufgrund der Zwangsrekrutierung erlitt das kleine Land in Westeuropa die zweithöchste Opferzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

► Die Gingolds. Eine kommunistische Familie im antifaschistischen Widerstand

Lesung und Gespräch mit Silvia Gingold und Alice Czyborra, Töchter der bekannten Antifaschisten Etty und Peter Gingold

Dienstag, 19.01.2016, 19.30 Uhr

ver.di (2. Stock, Großer Saal), Groner-Tor Straße 32, Göttingen

Veranstaltet von der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen und dem Bildungswerk ver.di

Peter und Etty Gingold (geb. Stein-Haller) kamen aus jüdischen Familien, die 1933 vor den Nazis nach Paris geflohen waren.

Dort lebten sie als Flüchtlinge unter sehr unsicheren ökonomischen Verhältnissen. Peter und Etty fanden beide schnell den

Weg in die kommunistische Jugendbewegung und zur Freien Deutschen Jugend, in der sich deutschsprachige Hitlergegner für die gemeinsame antifaschistische Arbeit zusammenfanden. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich im Mai 1940 wirkten beide aktiv in der illegalen Französischen Kommunistischen Partei und in der Résistance mit.

Ihre Töchter Silvia Gingold und Alice Czyborra, werden über die eigene Familiengeschichte erzählen, über die Widerstandstätigkeit ihrer Eltern, über die Verfolgung ihrer Familie während des Faschismus und über die neuerliche Diskriminierung und politische Verfolgung in Westdeutschland, wohin ihre Eltern 1946 gezogen waren

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 01. Dezember

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

► 15 Jahre Kooperationsabkommen Venezuela-Kuba

Caracas. Anlässlich des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen Venezuela und Kuba hat Präsident Nicolás Maduro die Zusammenarbeit beider Länder gewürdigt. Neue Projekte bis zum Jahr 2030 seien in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Technologie in Planung.

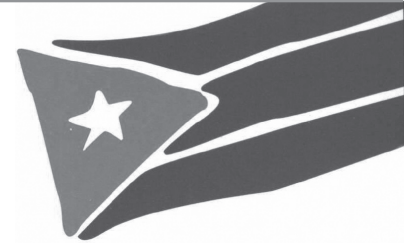
Bei einer Feier in Caracas zum Tag der Alphabetisierung erinnerte Maduro daran, dass am 30. Oktober 2000 „zwei Giganten“, der 2013 verstorbene Präsident Hugo Chávez und der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro, dieses umfassende Abkommen unterzeichnet haben. Die neu vereinbarten Projekte führten diese Kooperation fort. Sie sollen zudem mit den 17 Entwicklungszielen der Vereinten Nationen bis 2030 abgeglichen werden, die auch von der Bolivarischen

Allianz (Alba) geteilt werden, so der Präsident.

Der lateinamerikanische Fernsehsender Telesur zog zum selben Anlass eine Bilanz der erreichten Erfolge des Abkommens. Im Rahmen der Gesundheitsprogramme Barrio Adentro I, II und III wurden neben Tausenden von ambulanten Gesundheitszentren in abgelegenen Gemeinden des Landes, 568 Integrale Diagnostische Gesundheitszentren (CDI), 585 Rehabilitationszentren (SRI) sowie 35 Hochtechnologiekliniken (CAT) in ganz Venezuela errichtet. Damit seien mehr als 1.750.000 Leben gerettet worden, 780 Millionen kostenlose Konsultationen und 477 Flüge mit 60.000 venezolanischen Patienten nach Kuba seien realisiert worden. Im Rahmen der Mission Milagro erhielten 2,5 Millionen Menschen kostenlose Augenoperationen.



Fidel Castro und Hugo Chávez nach der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens im Präsidentenpalast Miraflores in Caracas am 30. Oktober 2000



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Kuba • Kultur • Cuban Five • Blockade • Solidarität

Im Bildungssektor haben die Programme Robinson I und II der Bevölkerung Lesen und Schreiben beigebracht werden und 2,8 Millionen Venezolaner absolvierten erfolgreich eine schulische Ausbildung bis zur sechsten Klasse. Wie Telesur hervorhebt, wäre Venezuela dies nicht ohne die Unterstützung und Solidarität Kubas und seine Methode zur Alphabetisierung „Yo, sí puedo“ (Ja, ich kann das!) gelungen. Tausende Kubaner sind in den 24 Bundesstaaten Venezuelas in fast 20 Sozialprogrammen tätig, die Millionen von Bürgern zugute kommen.

Die Bilanz nennt auch die bis heute an die 200 wissenschaftlichen Kooperationsprojekte in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, Biotechnologie und Entsorgung von giftigen Abfällen.

Für das Jahr 2015 hatten beide Länder 62 Vereinbarungen getroffen, die die Erhöhung der Zahl von Medizinern in Venezuela zum Ausbau des Gesundheitssystems, die Ausbildung von 518 medizinischen Spezialisten in Kuba sowie die Erweiterung der Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Sport und Kultur vorsahen.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 10. Januar 2016 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Zu keinem Zeitpunkt nach dem Ende des II. Weltkrieges gab es so viele Krisen, Konflikte und Kriege, gab es so viele Flüchtlinge, wie gegenwärtig. Diese seit 1945 gefährlichste Weltsituation verantwortet primär die unter Führung des USA-Imperialismus agierende NATO. Deren politisches und militärisches Vorgehen ist – das Schicksal der Zivilisation betreffend – von nahezu völliger Gleichgültigkeit geprägt. Die Vorgänge um und in Griechenland demonstrieren nicht zuletzt den Verfall der bürgerlichen Demokratie, auf die das Großkapital auch immer weniger setzt. Faschistoide Entwicklungen sind kein Zufall. Die weltweit Flüchtenden werden zu Sündenböcken gemacht. Der Mainstream folgt der äußersten Reaktion auf dem Fuße und befördert sie zugleich. Viele Menschen resignieren. Diese Resignation ist ein Hauptverbündeter des Kapitals.

Erinnern wir uns gerade deshalb der Worte Rosa Luxemburgs: »Einigkeit macht stark, aber Einigkeit der festen inneren Überzeugung, nicht äußere mechanische Zusammenkopplung von Elementen, die innerlich auseinanderstreben. Nicht in der Zahl liegt die Kraft, sondern in dem Geiste, in der Klarheit, in der Tatkraft, die uns beseelt.«

In diesem Geiste sagen wir Nein zu Kriegen und Militärinterventionen, sowie deren Vorbereitung und Begleitung durch das Trommelfeuer der veröffentlichten Meinung. Wir sagen Nein zu jeglichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Nein zu den gegen Russland errichteten NATO-Stützpunkten und Manövern. Wir sagen Nein zu Rüstungsexporten und Drohnenmorden.

Die Interessen der Werktätigen werden weltweit mit Füßen getreten. Wir sagen Nein zu stetig wachsendem Sozialabbau und Ja zu gewerkschaftlichem Widerstand. Wir sagen Nein zur weltweiten, der Kapitalherrschaft dienenden Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste. Wir sagen Nein zu alten und neuen Nazis und deren in Krisenzeiten besonders gefährlicher sozialer Demagogie. Wir sagen Nein zu Rassismus, zu Antisemitismus, Antiziganismus und zur Islamfeindlichkeit. Wir sagen Nein zur Festung Europa. Unsere ungeteilte Solidarität gehört den Erniedrigten und Beleidigten weltweit, vor allem den zu uns kommenden Flüchtlingen, die nicht in zwei Klassen aufgeteilt werden dürfen.

Wir sagen Nein zu allen Versuchen, das System der Profitmaximierung zur letzten

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 08. Dezember, 20:00 Uhr

VW-Skandal und die Auswirkungen auf die Beschäftigten und Niedersachsen.

Antwort der Geschichte zu erklären. Wir sagen Ja zu einer solidarischen, friedlichen und sozial gerechten Welt.

Wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – versammeln uns anlässlich des 96. Jahrestages der Ermordung von Karl und Rosa durch die Reaktion. In ihrem Geiste – nach ihrer Klarheit und Tatkraft strebend – demonstrieren wir friedlich gegen Kriege und Ausbeutung, für Menschlichkeit und Internationalismus.

sowie am **15.01.2016 um 18.00 Uhr** vom Olof-Palme-Platz zu Gedenktafel und -stein im Tiergarten

Gegen Krieg und Faschisten – Kommt zur Luxemburg-Liebkecht-Demonstration!

Nacht für Nacht stehen Flüchtlingsunterkünfte in Flammen. Faschisten werden immer dreister. Offen rechte Bewegungen wie PEGIDA finden mit Rassismus und Islamhetze regen Zuspruch. Flüchtlinge sind willkommene Sündenböcke.

Darüber, dass Großkonzerne Jahr für Jahr Milliarden an Steuern hinterziehen, spricht kaum jemand. Währenddessen verdienen deutsche Rüstungsschmieden an Waffenexporten in Krisen- und Kriegsgebiete. Bundeswehrsoldaten „verteidigen“ deutsche Interessen immer noch am Hindukusch. Kriege und Ausbeutung schaffen unentwegt neue Fluchtbewegungen und neuen Terror.

Demonstrieren wir am 10. Januar 2016 im Rahmen der Luxemburg-Liebkecht-Ehrung gegen die Fluchtursachen und gegen Faschisten – solidarisch mit den Erniedrigten, egal, wo sie geboren sind.

LL-Bündnis, Berlin 16.11.2015



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Göttinger Linke begrüßt die Besetzung des ehemaligen DGB-Hauses



Das besetzte DGB-Haus in der Oberen Masch-Straße

Seit fünf Jahren steht es leer, das DGB-Haus am Platz der Synagoge. Seit geraumer Zeit fordert die Göttinger Linke, es für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen. Geflohene Menschen, Hartz-IV-Empfänger_innen und Geringverdiener_innen suchen händeringend nach Wohnraum in Göttingen.

Jetzt, wo schon Sporthallen zu Massengelagern ohne jegliche Intimsphäre und mit mangelnden Sanitärräumen für die unterzubringenden Flüchtlinge auch in Göttingen eingerichtet werden, wäre es ein Skandal, wenn der Leerstand brauch-

barer Gebäude weiterhin so einfach hingenommen wird. Deshalb begrüßen wir nach den vielen Bitten, Aufforderungen und Mahnungen nun die Besetzung des Gebäudes als Zeichen der Solidarität und als Ausdruck dafür, nicht mehr weiter tatenlos abwarten zu wollen. Die Vermögensverwaltung des DGB und die Stadtverwaltung hatten genügend Zeit, sich auf eine Nutzung zu einigen. Wir können den Eigentümer nur auffordern, von etwaigen Zwangsmaßnahmen abzusehen und sich auf Gespräche mit den „Besetzern“ einzulassen. Ziel der vielen beteiligten, überwiegend jungen Menschen ist es dabei zu helfen, schnell und wirksam Wohnmöglichkeiten jenseits von entwürdigenden Hallenunterbringungen zu schaffen. Dabei wollen sie durch eigene Arbeiten im Haus die Bedingungen schaffen. Dies sollte eigentlich von allen Seiten honoriert werden.

Wir bitten alle Göttinger_innen, sich für die Nutzung des alten DGB-Hauses für Wohnzwecke einzusetzen. All diejenigen, die Zeit dafür erübrigen können, bitten wir, sich für die notwendigen Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

► SprecherInnenkreis der Göttinger Linken steht der Ansiedlung des Möbelgroßmarktes XXXL (kritisch bis) ablehnend gegenüber

In seiner Sitzung vom 21.10. hat sich der Sprecher_innenkreis der Wähler_innengemeinschaft Göttinger Linke intensiver und genauer mit den Plänen zur Ansiedlung des Möbelgroßmarktes XXXL befasst. Allein die Informationen darüber, dass dieser Möbelhausbetreiber bisher weder einen Gesamtbetriebsrat

noch örtliche Betriebsräte besitzt oder überhaupt erst zulässt, rufen doch große Zweifel bei der Göttinger Linken hervor, ob ein solcher Arbeitgeber im Interesse der beschäftigten Arbeitnehmer_innen in Göttingen überhaupt erwünscht ist. Die Tatsache, dass es bisher keine Tarifbindung bei XXXL gibt und der Betreiber

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:
Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

Stine Rummel-Strebelow

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr

Mittwoch, 13-16.30 Uhr

Donnerstag, 09-14 Uhr

und nach Vereinbarung

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.30 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)

Torsten Wucherpfennig

Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Im Dezember findet kein Kommunalpolitischer Arbeitskreis statt.

Arbeitsgruppen für die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms

Siehe Kasten auf Seite 12

kein Mitglied im Arbeitgeberverband ist, erhöht unsere Zweifel an der Seriosität dieser Möbelhauskette zusätzlich. Für uns sind allein diese Fakten klare Indizien dafür, dass XXXL kein Freund von schwer erkämpften Rechten für Arbeitnehmer_innen ist und gewerkschaftsfeindliche Positionen vertritt. Ob Göttingen überhaupt eine solchen überdimensionierten Möbelmarkt benötigt, mit dem die Flächenversiegelung weiterer 30.000 qm einhergeht, wird vom Sprecher_innenkreis zusätzlich problematisiert. Wir sind vorrangig darin interessiert, eine lebendige Innenstadt mit gutem Angebotsortiment zu erhalten und wollen nicht nach und nach fast alle Einkaufsmöglichkeiten an die Peripherie verlagern.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung Dezember

Montag, 07. Dezember, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Nachwahl zum KreissprecherInnenrat, Wahl Kassenprüfer*innen
3. Vorstellung des Leitetrags zum Landesparteitag
4. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag
5. Termine/ Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Kein Termin im Dezember

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Kein Termin im Dezember

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 7. Januar 2016, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen

OV Bovenden Stammtisch

Donnerstag, 10. Dezember, 19:30 Uhr bei La Romantica, Göttinger Str. 33, Bovenden

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Mittwoch, 09. Dezember, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Donnerstag 19 Uhr, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 18. Dezember, 19.00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73



Foto: metropolico.org

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]: solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 23 – November 2015

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die November-Sitzung des Kreistages war geprägt durch viele Anträge und nur wenige Formalbeschlüsse, wodurch sich die Debatte recht lebendig gestaltete. Zudem wurde durch den Landrat ein ausgeglichener Haushalt für das nächste Jahr eingebracht, der wieder „historisch“ genannt wurde und eine besondere Prägung durch die Flüchtlingssituation erhält.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 tel 05 51-525 108
 fax 05 51-525 803
 dielinke@landkreisgoettingen.de
 www.dielinke-goettingen.de

TOP 10 – Einrichtung einer IGS in Dransfeld

Mit ihrem Antrag zur Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule in der Samtgemeinde Dransfeld kam DIE LINKE-Kreistagsfraktion Forderungen der Dransfelder Kommunalpolitik entgegen. Dort besteht die Sorge, dass bei einer Beibehaltung des Status quo der Schulstandort zunehmend gefährdet ist.

In unserem Antrag wird gefordert, die dortige Oberschule auslaufen zu lassen und 2017 damit zu beginnen, diese durch eine IGS zu ersetzen. Diese wäre damit die erste im Westkreis und böte dem Schulstandort Dransfeld eine sichere Perspektive.

Der Antrag stieß auf einhellige Ablehnung. Während Norbert Hasselmann von den Grünen meinte, dass man erst die weitere Entwicklung der Schullandschaft in Hann. Münden abwarten müsse, wurde ausgerechnet von der SPD-Rednerin Wucherpennig signalisiert, dass eine Diskussion überhaupt unerwünscht sei; die dortige Schule wünsche keine Diskussion und eine IGS sei „niemandem zuzumuten“.

Frau Jacobi sah in dem Antrag – in der üblichen CDU-Klassenkampf-Rhetorik – gar „das Werk eines Ideologen“, wodurch „Eltern, Schüler und Lehrer verunsichert“ würden. Im Übrigen sei die Oberschule „im Grunde schon eine IGS“.

-> an den Fachausschuss überwiesen

TOP 11 – Kosten der Unterkunft anpassen

DIE LINKE beantragte, die Obergrenze für die Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII zum 1. Januar 2016 im Landkreis Göttingen entsprechend der dann geltenden neuen Wohngeldtabelle anzupassen, woraufhin Frau Ralle von der SPD sogleich äußerte, es hätte sie „sehr gewundert, wenn dieser Antrag nicht gekommen wäre“, obwohl doch alles gut sei und das derzeit geltende Gutachten auch noch nicht beanstandet wurde (- da wird es in der Tat Zeit!).

Sozialdezernent Riethig beschwichtigte, da es seit der Einführung von Hartz IV im Landkreis Göttingen zu keinem einzigen Zwangsumzug gekommen sei, ging aber darüber hinweg, dass die Betroffenen in vielen Fällen dann auf den Regelsatz zurückgreifen müssen. Hier wies Andreas Gemmecke darauf hin, dass mehr als 2000 Menschen im Leistungsbezug nicht die volle Miete erstattet bekommen, was sogar im Widerspruch zum Wahlprogramm der SPD steht.

-> an den Fachausschuss überwiesen

TOP 15 – Resolution zu „Aktiv gegen Gewalt an Frauen“

Die interfraktionelle Resolution wurde einstimmig verabschiedet. Der Antrag wurde vor dem Hintergrund des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen“ eingebracht. Dieser Gedenktag findet alljährlich am 25. November statt. Eckhard Fascher appellierte dabei an die anderen Fraktionen, bei den Haushaltsberatungen entsprechende Institutionen wie den Frauen-Notruf oder Kore ihren Bedürfnissen entsprechend zu fördern.

TOP 26 – Neubesetzung im SGB II-Beirat

Neu in SGB II-Beirat des Landkreises wurde Edgar Schu als Stellvertreter für Andreas Gemmecke gewählt.

Aufgabe der Beiräte ist die Beratung der Jobcenter bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und -maßnahmen.

TOP 29/30 – Umwandlung von FFH- in Naturschutzgebiete

Hier zeigt sich wiederholt, dass vor allem die CDU Lobbyinteressen der Land- und Forstwirtschaft bedient. Gegen die Stimmen der LINKEN wurde eine von der Verwaltung vorgeschlagene Umwandlung des in der Gemeinde Adelebsen gelegenen FFH-Gebiet 402 Schwülme und Auschnippe in ein Naturschutzgebiet von CDU/SPD und sogar den Grünen gemeinsam verhindert. Im Falle des geplanten Naturschutzgebietes Seeanger, Retlake, Suhletal, Nahe des Seeburger Sees, beugte sich die Mehrheitsgruppe mal nicht den Willen der CDU und der Naturnutzerlobby und stimmte der Einrichtung zu.

TOP 34.1 – Anfrage: Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen

Unsere Anfrage hierzu wurde sehr lapidar beantwortet, indem von der Verwaltung geäußert wurde, derartige Aktivitäten würden an den Schulen im Landkreis Göttingen fast gar nicht stattfinden.

Wenn selbst „Spiegel-online“ schreibt, dass die Bundeswehr im vergangenen Jahr „8100 Vorträge vor fast 140.000 Schülern“ und „Tausende weitere Veranstaltungen“ durchführte, dabei 29,9 Millionen Euro für „Nachwuchswerbung im Klassenraum“ ausgab, stellt sich natürlich die Frage, wo das denn stattfindet, wenn so gut wie nicht im Landkreis Göttingen.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

Kein Stellenabbau bei Zeiss in Göttingen!

Am 31.10.2015 waren wir mit unserer Basisgruppe auf der Demonstration der IG Metall gegen den geplanten Stellenabbau am Standort Göttingen. Am Startpunkt Schützenplatz hatten sich ca. 650 Teilnehmer eingefunden, um sich solidarisch mit den Beschäftigten zu zeigen!

Die Demo endete am Jacobikirchhof mit einer Kundgebung. Die geplante Rede unseres Genossen Manuel Dornieden wurde leider kurzfristig mit der Begründung des Zeitmangels gestrichen. Sehr zu unserem Unmut, da fast alle Redebei-

träge ein kämpferisches Profil vermissen ließen und die SPD bei ihrer Rolle der



Standortabwicklung auf Raten in keiner Weise kritisierten! Unser Rats Herr Patrick

Humke sprach sich immerhin als einziger Redner für den Erhalt aller Arbeitsplätze am Standort Göttingen aus.

Der Betriebsrat und die Gewerkschaft sollten nun den Mut aufbringen, bei Nichterfüllung der Forderung in den Streik zu treten, und die Kolleg*innen mit aller Kraft zu vertreten. Der Samstag sollte allen Beschäftigten Mut gemacht und gezeigt haben, was möglich ist, wenn die Gewerkschaften in Kombination mit dem Betriebsrat ihr Potential der Mobilisierung ausnutzen! Und wenn das auch noch auf andere Zeiss-Standorte übergreift, wird die Solidarität zu einer Waffe!

Der Fall Zeiss zeigt aber mal wieder, dass Betriebe trotz sprudelnder Gewinne zugunsten der Profitmaximierung immer wieder Stellen streichen werden. Deshalb tritt die Linksjugend [„solid“] BRA für die Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Belegschaft ein. (md)

Pogrom-Gedenken und Our House

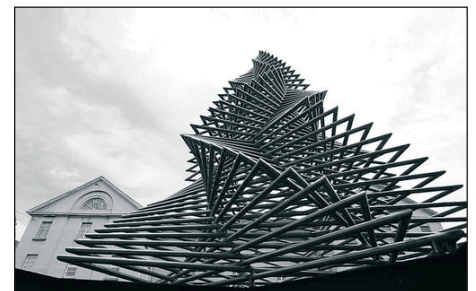
Etwa 450 Menschen fanden sich am 9. November 2015 um 18.00 zu der traditionellen Gedenkstunde zum Jahrestag der Pogromnacht von 1938 am Mahnmahl auf dem Platz der Synagoge ein. Das diesjährige Motto der von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Stadt Göttingen ausgerichteten Veranstaltung lautete ‚Verdrängt – Verfolgt – Vergessen. Das ‚Judenhaus‘ in der Weender Landstraße 26 und seine BewohnerInnen‘.

Zu diesem Thema lieferten Studierende des Seminars für Mittlere und Neuere Geschichte sowie dessen Lehrender Prof. Dr. Dirk Schumann Textbeiträge zur Geschichte dieses Hauses, das – zunächst Logenhaus der Gauß-Weber-Loge – in der Zeit der Herrschaft der braunen Bande als zwangsweiser Wohnraum für aus ihren vorherigen Wohnungen ‚herausarisierten‘ jüdischen Bürger*innen diente. Freilich ließ sich die Obrigkeit diesen Zwangskauf von den jüdischen Bürger*innen bezahlen – de facto zweimal: einmal beim Ankauf und einmal bei der Enteignung durch das Reichsicherheitshauptamt. Um so schäbiger

ist die Rolle der Stadt Göttingen nach 1945 zu bewerten, die sich die versuchte Wiedererwerb durch die verbliebene Jüdische Gemeinde ein drittes Mal gut bezahlen lassen wollte.

In seinem Grußwort schlug OB Rolf Georg Köhler einen Bogen von Vertreibung und Verfolgung der Göttinger Jüd*innen zu den gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen. Für mich nicht nachvollziehbar blieb, dass er in seiner über weite Strecken guten und klar antifaschistisch und antirassistisch akzentuierten Rede auch in diesem Jahr auf die Verwendung begriffsloser Leerformeln aus der anti-kommunistischen Theoretikerei wie ‚Extremismus‘ und ‚Totalitarismus‘ nicht verzichten wollte. Eine bedauerliche Entwertung des ansonsten Gesagten!

Eine Besonderheit der diesjährigen Veranstaltung war, dass sie neben dem gerade auch zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge besetzten ehemaligen DGB-Haus stattfand - auf einem Grundstück stehend, das die Jüdische Gemeinde nach dem Krieg dem DGB gerade zu sozialer Nutzung überlassen



Mahnmal am Platz der Synagoge

hatte. Leider ging keiner der Redebeiträge auf diese Verbindung ein, wie auch offenbar der konstruktive Kontakt zu den Besetzer*innen zumindest nicht gesucht worden schien. Wie die beiden Transparente zum 9.-November-Gedenken erkennen ließen, lag es nicht an Our House OM10!

Für das musikalische Rahmenprogramm sorgten Mitglieder des KlezPO unter der Leitung von Wieland Ulrichs. Den Abschluß bildete wie immer das Kaddisch. (ps)

Arbeitsgruppen für die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms

Siehe Kasten auf Seite 12

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

► Das Mündener Krankenhaus gehört in öffentliche Trägerschaft

DIE LINKE. im Göttinger Kreistag und DIE LINKE. im Rat der Stadt Hann. Münden unterstützen die Forderungen der Mitarbeiter*innen, dass weder Arbeitsplatzabbau noch Lohneinbußen beim geplanten Verkauf der Mündener Krankenhäuser hinnehmbar sind und fordern die Übernahme der Mündener Krankenhäuser in die öffentliche Hand. Das Land wird aufgefordert, die Krankenhausversorgung in Hann. Münden mit dem kompletten Angebot zu erhalten

und im Landeskrankenhausplan weiter festzuschreiben.

Entlassungen, eine Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen oder Gehaltseinbußen für die Beschäftigten darf es nach unserer Auffassung nicht geben.

Das Trauerspiel um den Verkauf des Mündener Krankenhauses macht deutlich, dass die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger kein Spekulationsobjekt und beliebige Ware sein darf. In Hann. Münden geht es

darum, eine wohnortnahe Vollversorgung zu erhalten. Bei lebensbedrohlichen Situationen wie einem Schlaganfall, Herzinfarkt oder entsprechenden Unfällen kann es um Minuten gehen; die Wege nach Kassel oder Göttingen sind dazu zu weit.

Die Krankenhausversorgung in Hann. Münden muss in öffent-

liche und nichtkommerzielle Trägerschaft übernommen werden, um die Folgen einer Privatisierung, wie z. B. Arbeitsplatzabbau, Lohneinbußen sowie die Schließung wirtschaftlich unrentabler Abteilungen zu verhindern. Private Gesundheitskonzerne sind ausschließlich der Rendite ihrer Aktionäre und nicht dem Erhalt einer guten Gesundheitsversorgung als Gemeinwohl verpflichtet.

Die Beschäftigten der Mündener Krankenhäuser dürfen auf keinen Fall weiter zum ‚Opferstock‘ gebeten werden. Früher haben die Kreiskrankenhäuser eine wohnortnahe Vollversorgung garantiert, warum soll eine solche Lösung mit Unterstützung des Landes in Münden nicht möglich sein?

Ein entsprechender Prüfantrag an den Kreistag wird vorbereitet. Wir werden gemeinsam mit den Bürger*innen vor Ort notwendige öffentliche Aktionen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung für den Erhalt aller Krankenhausarbeitsplätze in der Region aktiv unterstützen. (kk, ef)



Liebe Genossinnen und Genossen,

die große Verteil- und Steckaktion für den niedersächsischen „Mindestlohnfallter“, der in einer 100.000er Auflage gedruckt wurde, und den Ihr auch als Beilage in dieser Ausgabe der Göttinger Blätter findet, hat begonnen!

► Die Besetzung ist ein richtiger Schritt

Wir begrüßen die mutige Initiative der Gruppe Our House OM 10, die mit der Besetzung des alten DGB-Hauses in der Oberen Maschstraße 10 genau das richtige Zeichen setzt, und fordern alle Mitbürger*innen dazu auf, diese Initiative tatkräftig zu unterstützen. Besetzung ist kein Verbrechen, sondern in dieser Situation schlicht Notwehr.

Mit den richtigen Begründungen beanspruchen die Besetzer*innen, dass dem Wohnraumangel nicht nur von Geflüchteten endlich wirksam begegnet werden muss, und fordern notwendige Richtungsänderungen in der Flüchtlingspolitik. Es kann nicht sein, dass Gebäude leer stehen, während sich Geflüchtete in mehrfach überbelegten Massenunterkünften unter unwürdigen Bedingungen stapeln.

Student*innen, Geringverdiener*innen und Rentner*innen finden ebenfalls seit Jahren kaum mehr bezahlbaren Wohnraum, von in irgendeiner Weise hinreichendem sozialem Wohnungsbau ganz zu schweigen.

Besonders die Situation der Geflüchteten ist derzeit untragbar, und auf unbürokratische und wirkungsvolle Schritte zur Abhilfe seitens der Kommunen kann nicht länger gewartet werden. Mit der Besetzung wird nicht nur dieses Problem angeprangert, sondern es werden zugleich Lösungswege aufgezeigt. Die von uns geforderten Beschlagnahmungen von unnötig leer stehendem Wohnraum weisen in dieselbe Richtung.

(mb, Presseerklärung des KSR KV Göttingen/Osterode 04.11.15)

Für den KV Göttingen/Osterode sind insgesamt 15.000 Exemplare vorhanden. In den OV Kreis-Osterode wurden schon 5.000 Exemplare geliefert, im OV Dransfeld sind 500 und im OV Hann. Münden 1.000 Falter angeliefert worden. Es gibt schon jemanden, der sich für Grone gemeldet hat, und auch in Duderstadt wird verteilt werden. Alle Stadt- und Ortsteile unseres großen KV kommen in Betracht. Es liegen Straßenlisten und Übersichtslisten vor – nun geht es los!

Wer in der eigenen Nachbarschaft oder im Umland einen Verteil-Spaziergang machen möchte, oder den für später plant, kann sich gerne ein Päckchen abholen oder bringen lassen. Auch Unterstützungsaktionen zusammen mit anderen Genoss*innen sind möglich.

Die Koordination läuft über *Edgar Schu* und *Meike Brunken*, Tel. 0179 6729 724 (Edgar) oder edgar.schu@die-soziale-bewegung.de und Tel. 01577 78 25 333 (Meike), Mail akiraki8@web.de

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Stadtverwaltung und Immobiliengesellschaft versetzen Ehrenamtliche am Runden Tisch Grone

Es hätte ein informativer Runder Tisch werden können am 17. Nov. in der Jonagemeinde. Die große Zahl leerstehender Wohnungen ist für viele im Stadtteil ein untragbarer Zustand, in einer Zeit in der überall händeringend nach Wohnraum gesucht wird. Es waren eingeladen von der Stadt die Sozialdezernentin Dagmar Schlapeit-Beck, von der Westgrund Immobiliengesellschaft Ronny Sager, vom Studentenwerk Herr Magull und der ASTA. Alle hatten bis zum Wochenende ihr Kommen zugesagt, um mit den TeilnehmerInnen des Runden Tisches die Ursachen des Leerstands und dessen Beseitigung zu diskutieren. Dann kam zwei Tage vor dem Termin die Absage der Sozialdezernentin und am Tag selbst die Absage der Westgrund Immobiliengesellschaft, So verschwanden kurzfristig zwei wichtige Akteure, die am Runde Tisch hätten Auskunft geben können. Das die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist eine VertreterIn zu entsenden stieß bei den meisten Anwesenden auf großes Unverständnis. Auch die Absage der Westgrund Immobiliengesellschaft wurde als Desinteresse an einer breiten Diskussion mit den TeilnehmerInnen gewertet. Trotz dieser Hindernisse wurde beschlossen an dem Thema Leerstand dran zu bleiben und die angekündigten Vermietungen und Sanierungen aufmerksam zu beobachten. Schriftlich hatte die Westgrund Immobiliengesellschaft Hendrik Falkenberg mitgeteilt ab dem 1.1.2016 wieder vor Ort in Grone eine Hausverwaltung zu installieren. Dieses kann nur begrüßt werden, hatte doch die Vorgängerimmobiliengesellschaft das bestehende Verwaltungsbüro abgeschafft und alle Kontakte über eine „Hotline“ organisiert. Keine MieterIn konnte mehr persönlich eine Frage zu einer Nebenkostenabrechnung oder Ähnlichem stellen.

Der Runde Tisch Grone bekräftigte, dass es besser sei Flüchtlinge in festen Wohnungen im Stadtteil unterzubringen als in provisorischen Großeinheiten. Es gibt weiterhin große Unterstützung aus der Zivilgesellschaft neuen NachbarInnen zu helfen und ihnen den Einstieg in das hiesige Leben zu erleichtern. Dazu ist für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Interessierten vor Ort unbedingt notwendig.

HF



Filmfreunde Grone

Die Filmfreunde Grone suchen Menschen die Interesse haben uns bei den Aufführungen des Winterkinos und darüber hinaus zu unterstützen, gerne auch mit technischem Interesse zur Bedienung der Technik (Beameraufbau usw.)

Kontakt über die GroBiAn'e



Das Winterkino Grone zeigt „Horizonte erweitern!...“

16. Oktober 2015

**Monsieur Claude
und seine Töchter**

20. November

Rhythm is it

18. Dezember

Könige der Nutzholzgewinnung

15. Januar 2016

Willkommen bei den Sch'ties

19. Februar

**Mr. May und das
Flüstern der Ewigkeit**

18. März

Salami Aleikum

in der Jona Gemeinde
(Eingang neben der „Schreibwarenecke“)
ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 € (für Verzehrbon)
Es werden Speisen und Getränke angeboten

Wähler/innengemeinschaft


 Göttinger Linke


 Presseerklärung

28. November 2015

Da die Seite der WählerInnengemeinschaft von Christian Mosewitzsch gesperrt worden ist, dokumentieren wir hier folgende PE des GöLi-SprecherInnenkreises

► Das merkwürdige Demokratieverständnis dreier Ratsmitglieder

Aufgestellt wurden sie von den Mitgliedern der Göttinger Linken. Gewählt wurden sie von den Bürgerinnen und Bürgern als Vertreter der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke. Aber das zählt nicht mehr, wenn es um den Erhalt ihrer Mandate geht. Es gab und gibt Mandatsträger, die ihr Mandat an die zurückgeben, die sie aufgestellt haben, wenn sie sich nicht mehr im Einklang mit den Inhalten und Positionen derer befinden, die sie aufgestellt haben. Es soll auch Politiker geben, die, wenn ihnen von der Mehrheit ihrer Basis das Vertrauen entzogen wird, ihr Mandat zur Verfügung stellen. Es gibt allerdings auch Personen, die derart an ihren Pöstchen kleben, dass sie alles über Bord werfen, was sie in der Vergangenheit an basisdemokratischen Schwüren geleistet haben.

Die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke verurteilt die Missachtung demokratischer Gepflogenheiten durch die Ratsmitglieder Patrick Humke, Torsten Wucherpfennig und Civar Akad.

Alle drei wurden von der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl aufgestellt, der sie ihren Sitz im Rat verdanken.

Mit ihrem Schritt, die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zu verlassen, ihre Mandate aber zu behalten, desavouieren sich die drei Ratsmitglieder selbst. Für sie zählen anscheinend sowohl in Mitgliederversammlungen der Göttinger Linken als auch im Kreisverband der Partei DIE LINKE demokratisch gefällte Beschlüsse nicht mehr. Schon seit Monaten entziehen sie sich einer kritischen Aussprache und Auseinandersetzung, indem sie zu Mitgliederversammlungen erst gar nicht erscheinen. Fast schon belustigend klingt das Gejammere über mangelnde Unterstützung durch die Basis. An den seit Beginn der Ratsperiode regelmäßig monatlich stattfindenden kommunalpolitischen Arbeitskreisen, an denen sich immer etliche Mitglieder beteiligen, haben die Fraktionsmitglieder faktisch nie teilgenommen. Stattdessen fassen sie ihren Beschluss, die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zu verlassen in geheimer Sitzung, indem sie explizit die sonst mitgliederoffene Fraktionssitzung als geschlossene und geheime Veranstaltung deklarieren. Somit wurde u.a. die Vertreterin des SprecherInnenkreises der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke, die sonst regelmäßig an den Fraktionssitzungen

teilnimmt, ausgeschlossen. Ein merkwürdiges Demokratieverständnis und eine Verkehrung der nach Außen propagierten Grundsätze von Transparenz und linkem Verhalten. Wenn das GT titelt: „Göttinger Linke im Rat brechen mit Basis“, so ist das etwas missverständlich. Die drei Ratsmitglieder und insbesondere Patrick Humke hatten schon seit einiger Zeit kaum eine Basis mehr, sowohl in der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke als auch in der Partei DIE LINKE.

Insofern mag der Bruch folgerichtig sein, das Beharren auf ihren Mandaten allerdings dürfte Ausdruck persönlicher Verblendung sein. Mandate sind kein persönliches Eigentum, sondern werden einem von den Mitgliedern anvertraut und von den BürgerInnen auf Zeit verliehen.

Der Versuch durch die Umbenennung der Ratsfraktion als „Antifa Linke“ zu suggerieren, dass in der Abgrenzung gegen Rechtsradikale und Faschisten der entscheidende Unterschied zur WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke läge, ist geradezu infam. Vielmehr sind die Niederlagen einer kleinen Gruppe um Patrick Humke herum bei Abstimmungen in der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke und der Partei DIE LINKE der Grund dafür, dass diese Personen jetzt der Basis den Rücken zukehren. Diese Ratsmitglieder wollen sich verselbständigen, weil sie vermutlich nicht mehr als Kandidaten zur Kommunalwahl 2016 aufgestellt worden wären. Dies sollten die WählerInnen bedenken, wenn diese Ratsmitglieder sich in Zukunft als eigene Gruppierung bei der Kommunalwahl 2016 zur Wahl stellen wollen.

▶ Kinder und Jugendliche kämpfen gegen die Abschiebung ihrer Freundin

Es war eine beeindruckende Veranstaltung der Jugendgruppe des Göttinger Theaterprojektes der boat-people. Über 30 Kinder und Jugendliche hatten sich versammelt, um sich für ihre Freundin und Mitspielerin Antia einzusetzen. In persönlichen Wortbeiträgen und mit Liedern zeigten sie ihre Betroffenheit, aber auch ihren Willen, alles dafür zu tun, dass Anita weiterhin zusammen mit ihnen Theater spielen, zur Schule gehen und Spaß haben kann. Die 15-jährige junge Frau soll mit ihrer Familie in den Kosovo abgeschoben werden. Sie wurde hier geboren, ihre Familie lebt seit 17 Jahren hier, sie ist, wie man so schön sagt, voll integriert. Und nun, da das Kosovo ja zum sicheren Herkunftsland erklärt wurde, soll die Familie endgültig abgeschoben werden. Dabei spielt dann auch keine Rolle mehr, dass Anita und ihre Familie der Ethnie der Roma angehört, die niemand haben will

im Kosovo, aber auch in Albanien, Montenegro, ja auf dem gesamten Balkan. Sie werden ausgegrenzt, stigmatisiert und verfolgt. Sie werden mittellos sich



selbst überlassen und müssen unter erbärmlichsten Bedingungen mehr hausen als wohnen, mehr dahinvegetieren als leben. Der weitverbreitete Antiziganismus macht auch vor physischer Gewalt gegen

sie durch Polizei und Zivilisten kein Halt. Frankreich wurde wegen der Ausweisung von Sinti und Roma vom europäischen Gerichtshof verurteilt. Deutschland, dass im sogenannten Dritten Reich die Ermordung von über 500.000 Sinti und Roma zu verantworten hat, sollte sich seiner besonderen Pflicht zum Schutz dieser verfolgten Menschen bewusst sein. Hier jetzt falsche Härte zu zeigen, um ein Signal in der angespannten Flüchtlings-situation zu setzen ist unangebracht und zutiefst inhuman. Es ist zudem ein fatales politisches Signal die Not der geflohenen Menschen aus Syrien und anderen Bürgerkriegsgebieten gegen die hier seit Jahren und Jahrzehnten lebenden Sinti und Roma vom Balkan auszuspielen. Anita und ihre Familie gehören nach Göttingen!

Die Veranstaltung fand am 4. November statt. Nach meinem Kenntnisstand hat sich bis heute leider noch keine positive Entscheidung zum Verbleib von Anita und ihrer Familie in Göttingen durch den Landesinnenminister herbeiführen lassen. Immerhin wurde zwischenzeitlich bekannt, dass dem boat-people-projekt der diesjährige Göttinger Friedenspreis verliehen wurde.

Gerd Nier

▶ Kosten der Unterkunft – Neues Gutachten?!

Wie der Kreis-Sozialdezernent Marcel Riethig in der Sozialausschusssitzung am 11.11. mitteilte, will der Landkreis erneut ein Mietgutachten in Auftrag geben, um erneut ein „schlüssigen Konzept zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft“, also der Erstattung der Mieten für Hartz-IV-Empfänger präsentieren zu können.

Wir erinnern uns: Das letzte „schlüssige Konzept“ war in Form eines Gutachtens der Firma Analyse & Konzepte im Juni 2013 vom Kreistag gegen die Stimmen der LINKEN Kreistagsfraktion beschlossen wurden. Damals verkündete die Firma die frohe Botschaft, dass in Göttingen die Mieten grundsätzlich im Sinken begriffen wären. Dies führte dazu, dass die Mieterstattungen grundsätzlich abgesenkt wurden. Die LINKSfraktion hingegen hatte die Anwendung der Wohngeldtabelle mit einem Zuschlag von zehn Prozent gefordert, was geltender Rechtsprechung

entspricht und eine deutliche Erhöhung für die Betroffenen bedeutet hätte. Da aufgrund der hohen Zahl der plötzlich in „unangemessenen“ Wohnungen lebenden Hartz-IV-Opfern selbst die Verwaltungsspitze wohl hieran Zweifel hatte, kam es zu Beginn diesen Jahres zu einer Erhöhung

der Mieterstattungen. Jetzt soll erneut ein „schlüssiges Konzept“ ermittelt werden. Etwa wieder von der gleichen Firma? Bisher hat es noch kein Mietgutachten des Landkreises gegeben, was vor den Sozialgerichten Bestand gehabt hätte. Aufgrund der Überlastung der Sozialgerichte und der damit verbundenen langen Wartezeiten wurde nämlich das letzte unschlüssige Konzept noch nicht verhandelt.

ef

Arbeitsgruppen für die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms

Wähler/innengemeinschaft
Göttinger Linke

Hier eine Übersicht über die bisher konstituierten Arbeitsgruppen, für die noch Anmeldungen erwünscht und erforderlich sind.

AG Antifaschismus / Antimilitarismus / Geschichte || AG Bürgerbeteiligung || AG Flüchtlings- und Migrationspolitik || AG Frauen / Gender || AG Haushalt / kommunale Finanzen || AG Gesundheitsversorgung || AG Kultur || AG Ökologie, Landwirtschaft und Verkehr/ÖPNV || AG Schule / Bildung / Inklusion || AG Soziales / Jugend || AG Universität || AG Wohnen (Sozialer Wohnungsbau / KdU)

Alle an der Programmarbeit Interessierten bitte melden unter: goelinke@web.de